

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 20 (1993)
Heft: 5

Artikel: Volksabstimmung vom 28. November : endlich ein Ja zur Mehrwertsteuer!
Autor: Tschanz, Pierre-André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910347>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksabstimmung vom 28. November

Endlich ein Ja zur Mehrwertsteuer!

Der vierte Anlauf führte zum Erfolg. Volk und Stände (vgl. Kasten) haben den Wechsel von der Warenumsatz- zur Mehrwertsteuer angenommen. Vom 1. Januar 1995 an gilt diese nun auch in der Schweiz, und zwar zu einem Satz von 6,5%.

Presseschau

Im allgemeinen lobte die Presse die Reife und die Vernunft der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die trotz der Undurchsichtigkeit und Komplexität der vier finanzpolitischen Vorlagen die Bedeutung und die Notwendigkeit einer Modernisierung des Steuersystems erkannt hätten.

Peter Amstutz von der «Basler Zeitung» schreibt dazu:

«Der freien Interpretation dieses Abstimmungsergebnisses eröffnet sich damit ein riesiges Feld. Da sind die Stimmen jener, die zu vernehmen glauben, der Souverän habe eine «klare Absage» an sparswütige «Staatsabbauer» erteilen wollen; da ist der Bundesrat, der das Votum als «Bekanntnis zu einem hand-

lungsfähigen Staat» deutet; da wird schliesslich aus den Zahlen herausgedeutet, mit dem Mehrwertsteuer-Ja zu 6,5 plus später ein Prozent für die AHV-Finanzierung sei der Generationenvertrag zwischen Jung und Alt neu besiegelt worden. Vielleicht ist von allem etwas zutreffend. Ebenso gewiss aber ist wohl, dass der Souverän mit einer grosszügigen Geste vor allem der Defizitwirtschaft im Bundeshaus eine Absage erteilen wollte.»

«Der Bundesrat feiert einen Riesenerfolg!» titelt Guy Mettan in der «Tribune de Genève»:

«Diese Resultate machen deutlich, dass die Haltung der Schweizer gegenüber ihrer Regierung innerhalb von 15 Monaten immer positiver geworden ist. Die Wende scheint im Sommer 1992 eingetreten zu sein. Mit Ausnahme des tragischen Ausganges der EWR-Abstimmung vom vergangenen 6. Dezember fielen die letzten wichtigen Abstimmungen immer zugunsten des Bundesrates aus: beim IWF, bei der Stempelsteuer, beim F/A-18 oder bei der

Abstimmungsergebnisse

Neue Finanzordnung und Einführung der Mehrwertsteuer

JA 1 347 054 (66,7%) – 22 Kantone
NEIN 673 847 (33,3%) – 1 Kanton (Wallis)

Gesundung der Bundesfinanzen (MWSt-Satz von 6,5%)

JA 1 163 907 (57,8%) – 18 Kantone
NEIN 852 087 (42,2%) – 5 Kantone

Massnahmen zur Erhaltung der Sozialversicherung

JA 1 258 519 (62,7%)
NEIN 751 503 (37,3%)

Besondere Verbrauchssteuern

JA 1 211 181 (60,7%)
NEIN 786 634 (39,3%)

Werbeverbot für Alkohol

JA 515 927 (25,3%)
NEIN 1 526 678 (74,7%)

Werbeverbot für Tabak

JA 521 344 (25,6%)
NEIN 1 520 910 (74,4%)

Stimmbeteiligung: 44,7%

Arbeitslosenversicherung. Diese Annäherung zwischen Volk und Regierung ist zweifellos eine Folge der Krise, welche die besorgten Bürgerinnen und Bürger näher zusammenrücken lässt, denn wenn das Schiff durch den Sturm hindurch manövriert werden muss, wird weniger über die Befehle des Kapitäns diskutiert.»

PAT

Kommentar

Am 28. November hat die Vernunft auf der ganzen Linie gesiegt. Die Volksinitiativen, die ein totales Werbeverbot für Alkohol und Tabak verlangten, wurden bachab geschickt, und vor allem sagte das Volk viermal Ja zur neuen Finanzordnung des Bundes.

Die Schweizer wollen keine neuen Verbote. Obschon sie der Tabak- und im speziellen der Alkoholwerbung kritisch gegenüberstehen, sind sie sich bewusst, dass ein Verbot nur ihre persönliche Freiheit einschränken würde, ohne jedoch die negativen Folgen der Alkohol- und Tabaksucht zu bekämpfen. Das doppelte Nein zu den sogenannten Zwilingsinitiativen ist auch ein Ja zur Arbeitsplatzerhaltung und zu einer konkurrenzfähigen Wirtschaft.

Dieses Bekenntnis kommt auch im vierfachen Ja zur neuen Bundesfinanzordnung zur Geltung. Dank der Ein-

führung der Mehrwertsteuer (MWSt) verschwindet die Schattensteuer, welche die Exportindustrie benachteiligt. Die MWSt modernisiert und erweitert auch die Besteuerungsmöglichkeiten durch den Bund. Mit der Zustimmung zu einer leichten Erhöhung der Verbrauchssteuern hat das Stimmvolk sich klar gegen einen Abbau von staatlichen Leistungen ausgesprochen. Es will einen sozialen Staat, der über die nötigen Mittel verfügt, um sich den Herausforderungen unserer Zeit wie Rezession, wachsende Arbeitslosigkeit und Überalterung zu stellen. Nach dreimaligem Scheitern der MWSt-Vorlage innerhalb von 16 Jahren ist das neue Ergebnis als Erfolg zu werten. Ausschlaggebend für dieses positive Resultat war neben der derzeitigen schwierigen Wirtschaftslage auch die Geschlossenheit der Regierung und – ausnahmsweise – der vier grossen Parteien, die sich bis zum Schluss vereint hinter die Vorlage gestellt hatten.

Pierre-André Tschanz



Ein Ja zur Mehrwertsteuer von 6,5%: die Schweizerinnen und Schweizer haben das seltene Privileg, selber zu bestimmen, wieviel Steuern sie bezahlen wollen. (Fotos: Keystone)